Sogar Frankreichs Präsident Hollande macht jetzt Front gegen das Freihandelsabkommen TTIP

Vier Buchstaben, viele Ängste

Handelskommissarin Malmström: Spitzenpolitiker sind schuld am negativen Ruf von TTIP

VON PIERRE LEYERS

„TTIP-Leaks", die Veröffentlichung von Geheimpapieren zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft war ein wirkungsvoller PR-Coup für die Umweltschutzorganisation Greenpeace. Das Abkommen zwischen der EU und den USA stößt auf immer größere Vorbehalte.

Containerschiffe *werden im Überseehafen von Bremerhaven beladen.* (FOTO: REUTERS)

In der Exportnation Deutschland gerät nicht nur TTIP an sich, sondern auch die Idee des Freihandels unter Druck. Nur knapp jeder Fünfte (17 Prozent) ist der Meinung, dass das geplante transatlantische Freihandelsabkommen TTIP eine gute Sache ist. Jeder dritte Deutsche (33 Prozent) lehnt das Abkommen komplett ab. Das ergab eine Ende April veröffentlichte Studie der Bertelsmann Stiftung. In den USA ist die Stimmung ganz anders, dort sind nur 18 Prozent der Bevölkerung gegen TTIP.

Laut einer im Januar 2016 veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage ist in Deutschland und Österreich über die Hälfte der Bevölkerung gegen TTIP – in Österreich sind es nicht weniger als 70 Prozent, in Deutschland sind es 59 Prozent. Dies ist auch die Haltung einer Mehrheit der Befragten in Luxemburg (47 Prozent dagegen, gegenüber 40 Prozent dafür). Slovenien ist neu auf der Liste der Staaten mit einer ablehnenden Bevölkerungsmehrheit.

Alles in allem ist der Rückhalt für TTIP in insgesamt 24 Mitgliedsstaaten geschrumpft. In den Niederlanden sind im Vergleich zum Frühjahr 2015 die Unterstützerzahlen um 10 Prozent gesunken. In Ungarn sind die Unterstützerzahlen ebenfalls um 10 Prozent gefallen, und in Tschechien gab es sogar einen Abfall um 13 Prozent. Nur in osteuropäischen Mitgliedsstaaten hat die geplante Handelspartnerschaft noch große Zustimmungsraten.

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström macht sich zunehmend Sorgen um die negative Einstellung der EU-Bürger zu den Freihandelsgesprächen mit den USA. Für den negativen Ruf von TTIP in der EU macht sie die Staats- und Regierungschefs verantwortlich. Diese würden die Handelsgespräche in ihrer Heimat nicht ausreichend verteidigen.

Malmström spart nicht mit Kritik an dem französischen Präsidenten François Hollande. Sein Land lehne das TTIP-Abkommen mit den Vereinigten Staaten „in diesem Stadium" der Verhandlungen ab, hatte Hollande Anfang Mai in Paris erklärt. Frankreich werde niemals akzeptieren, dass zentrale Prinzipien „für unsere Landwirtschaft, unsere Kultur, für wechselseitigen Zugang zu öffentlichen Aufträgen" infrage gestellt würden. Frankreichs Handelsminister Matthias Fekl warf gleichzeitig den USA mangelnde Kompromissbereitschaft bei den Verhandlungen vor.

Ein taktisches Manöver der französischen Regierung? Bei der Bevölkerung, die im Hinblick auf die wirtschaftliche Globalisierung voller Vorbehalte ist, kommen Hollandes Worte gut an.

Was ist was?

■ **Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft** (Transatlantic Trade and Investment Partnership TTIP) ist ein Abkommen zum Freihandel und Investitionsschutz, das derzeit zwischen der EU und den USA ausgehandelt wird. Die Verhandlungen begannen im Juli 2013. Ob sie noch während der Amtszeit von US-Präsident Obama abgeschlossen werden können, ist fraglich. Ziel ist es, das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen voranzutreiben. Dazu gehört der Abbau von Handelshemmnissen, etwa branchenweiten Zöllen. Auch Hürden wie zum Beispiel unterschiedliche technische Regelwerke, Normen und Zulassungsverfahren sollen geringer werden. Kritiker in Europa befürchten eine Erosion der Standards bei Verbraucherschutz- und Lebensmittelsicherheit.

■ **Ceta** ist der „kleine Bruder" von TTIP. Im Gegensatz zum Handelsabkommen zwischen der EU und den USA, bei dem die Verhandlungen erst auf halbem Wege angelangt sind, ist der Text des Freihandelsabkommens Ceta (Comprehensive Economic and Trade Agreement) zwischen der EU und Kanada fertig. Am 29. Februar 2016 veröffentlichte die EU-Kommission die offizielle Endfassung des Vertragstextes. Der Ratifizierungsprozess könnte beginnen, wenn es nicht erhebliche Vorbehalte im Europäischen Parlament und in zahlreichen nationalen Volksvertretungen gäbe. Hauptkritikpunkt: Ähnlich wie TTIP räumt auch dieser Vertrag ausländischen Investoren die Möglichkeit ein, europäische Staaten vor privaten Schiedsgerichten zu verklagen. (pley)

Der „kleine, böse Bruder" von TTIP

Die Plattform „Stop TTIP" warnt vor den Konsequenzen, wenn das kanadisch-europäische Freihandelsabkommen Ceta verabschiedet wird

Morgen treffen die EU-Außenhandelsminister in Brüssel zusammen, um über das geplante kanadisch-europäische Freihandelsabkommen Ceta zu beraten. Grund genug für die Plattform „Stop TTIP", gestern eine Pressekonferenz zu veranstalten. Die Befürchtung: Der „kleine Bruder" Ceta könnte volljährig werden und als Schablone für das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP dienen. Das möchte die Plattform unbedingt verhindern. Am Freitag wird zwar gar keine endgültige Entscheidung hinsichtlich des Ceta-Abkommens fallen. Die Plattform befürchtet allerdings, dass hier schon die letztlich richtungsweisenden Weichen gestellt werden. Eine definitive Entscheidung der europäischen Regierungschefs wird noch vor den Sommerferien erwartet. Im Herbst soll dann das Europäische Parlament darüber abstimmen.

In diesem Zusammenhang fordert Blanche Weber, Präsidentin des Mouvéco und Mitglied der Plattform „Stop TTIP", dass „die Politik jetzt Farbe bekennen muss". Die Botschaft an die Regierung ist klar: „Asselborn muss das Ceta-Abkommen in seiner jetzigen Form ablehnen." Denn Ceta würde letztendlich auch den Weg für das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP ebnen. Die Bestimmungen, die im Rahmen von Ceta verabschiedet würden, wie beispielsweise die umstrittene Einführung von Schiedsgerichten oder der Investorenschutz, würden logischerweise auch im TTIP-Abkommen übernommen werden. Das stößt bei der Plattform besonders sauer auf.

> *„Die Regierung muss jetzt Farbe bekennen."*
>
> **Blanche Weber, Mouvéco**

Von Seiten der Politik würden sich die Stimmen mehren, die sich gegen das Freihandelsabkommen TTIP aussprechen. „Wenn die Politik glaubwürdig sein will, muss sie auch Ceta ablehnen", so Blanche Weber. Dabei verwies sie auf eine Ende April vom wallonischen Parlament verabschiedete Motion, die sich gegen das Freihandelsabkommen Ceta ausspricht. Andere Länder in der EU müssten diesem Beispiel folgen.

Die Befürchtungen der Plattform

Es bestehe die Gefahr, dass wenn Ceta verabschiedet würde und TTIP nicht, multinationale Unternehmen eine Niederlassung in Kanada einrichten würden, um von dort aus die Rechte einzuklagen, die sie im Falle einer Ablehnung von TTIP nicht erhalten würden. Außerdem könnten durch die Einführung des Freihandelsabkommens, Sozial- und Umweltstandards nicht mehr weiterentwickelt werden, was „eine künftige Entwicklung der Gesellschaft" verhindern würde. Ein weiteres „absolutes No-Go" ist für die Plattform die Einführung einer Negativliste bei der Liberalisierung von Dienstleistungen. Dies würde bedeuten, dass alle Dienstleistungen liberalisiert werden können, die nicht ausdrücklich auf der Liste stehen. Die Plattform fordert die Beibehaltung des bisherigen Prinzips der Positivliste, die nur die Bereiche erwähnt, die liberalisiert werden sollen.

Außerdem kritisiert die Plattform die Einführung einer „gegenseitigen Anerkennung" von Standards. „Das klingt pragmatisch, fördert aber letztendlich eine deloyale Konkurrenz, denn Akteure mit hohen Umwelt- und Sozialstandards würden letztendlich benachteiligt", so Blanche Weber.

Kritisch bewertet die Plattform außerdem, dass das bisher gültige Vorsorgeprinzip in der EU durch Ceta in Frage gestellt wird. So könnten gentechnisch veränderte Pflanzen auf dem Markt zugelassen werden, ohne vorher hinreichend auf ihre Risiken untersucht worden zu sein. Fraglich sei auch, ob das Freihandelsabkommen tatsächlich zu dem prognostizierten Wachstum führen würde.

Dass das Ceta-Abkommen bereits vor der Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten vorläufig in Kraft treten könnte, ist in den Augen der Plattform „inakzeptabel" und mit den Prinzipien der Demokratie nicht vereinbar. Die Ratifizierung der nationalen Parlamente würde Jahre in Anspruch nehmen, was diese de facto zu Statisten degradieren würde. (stb)

Umstrittener Leseraum für TTIP-Dokumente

Seit dem 16. Februar haben die Abgeordneten Zutritt zu einem speziell eingerichteten Leseraum im Außenministerium, in dem sie die geheimen TTIP-Verhandlungspapiere einsehen können. Elektronische Geräte sind im Saal nicht erlaubt. Handschriftliche Notizen dürfen die Parlamentarier machen. Parlamentarische Mitarbeiter dürfen die Volksvertreter aber nicht in den Leseraum begleiten.

Die Verpflichtung, vor Betreten des Lesesaals ein Dokument zu unterschreiben, das den Abgeordneten Sanktionen androht, falls sie die Vertraulichkeit der Dokumente nicht respektieren würden, hatte Bedenken von Seiten der Abgeordneten verursacht. Für viele Deputierte war eine solche Formulierung nur schwer mit dem Mandat eines Abgeordneten zu vereinbaren.

Die Androhung von Sanktionen wurde nach Beratungen von Chamberpräsident Mars di Bartolomeo und dem Außenministerium fallen gelassen. Abgeordnete haben das Recht, sich ihre eigene Meinung zu bilden und darüber zu diskutieren, ohne dabei aber Details zur amerikanischen Verhandlungsposition preiszugeben. (stb)